

SPD und Umweltverbände wettern gegen neue Strom-Subventionen

Berlin, 30.06.2013, 23:07 Uhr

GDN - Die SPD-Opposition und Umweltverbände haben die von der Bundesregierung geplanten neuen Subventionen für stromintensive Industrien heftig kritisiert. Der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD), sagte der "Frankfurter Rundschau" (Montagsausgabe): "Statt immer neuer Subventionen brauchen wir endlich wirksame Maßnahmen gegen den Anstieg der Strompreise."

Die von der Bundesregierung geplanten Zuschüsse seien eine Zweckentfremdung des "Energie- und Klimafonds" (EKF), sagte Machnig, der für Energie und Umwelt zuständiges Mitglied im SPD-Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Steinbrück ist. Die Bundesregierung will, wie die FR berichtete, stromintensiven Unternehmen Finanzhilfen aus dem Fonds zukommen lassen, mit dem eigentlich Klimaschutz-Maßnahmen finanziert werden sollen. Im Wirtschaftsplan des knapp 1,6 Milliarden Euro schweren Fonds für 2014 sind dafür 350 Millionen Euro vorgesehen. Der Fonds speist sich aus den Einnahmen des EU-Emissionshandels. Die neue Subvention hat den Titel "Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen". Das Bundesfinanzministerium hatte der "Frankfurter Rundschau" auf Anfrage bestätigt: "Die Zuschüsse zur Stromkostenkompensation werden erstmals für 2013 in 2014 gezahlt." Da die Stromkonzerne seit Anfang 2013 die für ihre Produktion benötigten CO2-Zertifikate voll ersteigern müssen, sei "befürchtet worden, dass es zu Strompreissteigerungen kommt, die im internationalen Wettbewerb stehende stromintensive Unternehmen in Schwierigkeiten bringt", so ein Sprecher. Um Wettbewerbsnachteile für diese Unternehmen zu vermeiden, sei die Kompensation vereinbart worden. Sie beruhe auf den entsprechenden EU-Leitlinien. Machnig forderte eine Reduzierung der Ausnahmen für die stromintensive Industrie auf ein notwendiges Maß. "Entscheidend dabei sind mehr Investitionen in Energievermeidung und Energieeffizienz." Statt neuer Subventionen seien zum einen Sofortmaßnahmen wie die Absenkung der Stromsteuer und Einsparungen beim Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) nötig, zum anderen Strukturreformen beim EEG, bei den Investitionsbedingungen für Gaskraftwerke und beim Emissionshandel. "Der Umgang mit dem Energie- und Klimafonds ist ein weiterer Beleg für das Merkeln in der Energiewende." Der Vorsitzende des Umweltverbandes BUND, Hubert Weiger, kritisierte, die Bundesregierung nehme "das Siechtum des Emissionshandels seit Jahren billigend in Kauf" und verzichte auf milliardenschwere Einnahmen für Klimaschutz und Energiewende. "Aber an einer neuen, überflüssigen Subvention für die energieintensive Industrie wird eisern festgehalten", sagte Weiger der "Frankfurter Rundschau". Greenpeace warf der Bundesregierung "eine immer absurdere Industriepolitik zu Lasten der Energiewende vor". Für neue Subventionen stromintensiver Unternehmen gebe es keine Rechtfertigung, da diese Unternehmen bereits Nettoprofitoren der Energiewende seien - sie zahlten derzeit geringere Stromkosten als ohne EEG und Emissionshandel.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-16866/spd-und-umweltverbaende-wettern-gegen-neue-strom-subventionen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619